

# Danziger Zeitung.



Nr 10828.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Kettelerhagergasse No. 4 und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro D. axial 4,50 A., durch die Post bezogen 5 A. — Inserate kosten für die Beilage oder deren Raum 20 A. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsanträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1878.

Abonnements auf die Danziger Zeitung per März nimmt jede Postanstalt zum Preise von 1 Mill. 70 Pf. entgegen. Hiesige abonnieren für 1 Mill. 50 Pf. in der Expedition, Kettelerhagergasse No. 4.

## Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Wien, 26. Februar. Das Abgeordnetenhaus nahm mit 165 gegen 107 Stimmen den Petroleumzoll von 3 Fl. an. Die Verbrauchssteuer auf Mineralöl wurde einstimmig abgelehnt, auch die Minister hatten sich gegen dieselbe ausgesprochen.

Paris, 26. Februar. In der heute stattgehabten Versammlung des General-Syndicats der Textil-Industriellen wurde die Frage betreffend die Solitarisre berathen und beschlossen, mit Entscheidung dahin zu wirken, daß die Regierung und die Kammern die Erhebungen in Bezug auf die Tarife beschleunigen, damit der Industrie baldigst die unabsehbare gebotene Unterstützung zu Theil werde.

Versailles, 26. Februar. Der Senat hat heute den Gesetzentwurf betreffend den Colportageverlauf der Zeitungen angenommen.

Madrid, 26. Februar. Nach einer Mittheilung des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten steht allen spanischen Emigranten, welche vor den spanischen Consuln im Auslande den Eid der Treue geleistet haben, die Rückkehr nach Spanien zu jeder Zeit frei.

London, 26. Februar. General Lord Napier of Magdala ist zu einer Besprechung mit dem Herzog von Cambridge hier eingetroffen.

## Reichstag.

### 10. Sitzung vom 26. Februar.

Das Haus legt die zweite Beratung des Reichshaushaltsetats fort und wendet sich zunächst dem Etat des Reichskanzleramts für Elsaß-Lothringen zu. — Abg. Schneegans (Elsasser Autonomist): Wir beabsichtigen, bei diesem Titel die Frage der Verwaltungsteilung für Elsaß-Lothringen zu erörtern, verzichten aber für heute darauf, weil sich bei der Debatte über die Stellvertretungsvorlage dazu Gelegenheit bieten wird.

Bei dem Etat des Rechnungshofes für das deutsche Reich bittet Abg. Richter (Hagen) um Aufklärung darüber, weshalb ein neuer Director und ein neuer vortragender Rath erforderlich seien. Die Bearbeitung der Rechnungen über die Milliarden vermehrte sich nicht, sondern nehm' eher ab. Außerdem sei es aber parlamentarischer Bruch in dem Fall, wo die Neorganisations- oder Neuaufstellung eines Instituts vorstehe, in demselben keine neuen Stellen zu schaffn. — Bund.-Commiss. Aschenborn bemerkte, daß mit dem Steigen des Etats sich auch die Geschäftslast des Rechnungshofes erheblich vermehrt habe. — Abgeordneter Richter ist ebenfalls der Ansicht, daß man sich mit zwei vortragenden Räthen begnügen könne. Jedenfalls sei es aber notwendig, daß möglichst bald ein Gesetz über den Rechnungshof und über die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben vorgelegt werde. — Präsident Hofmann: Die Arbeitslast des Rechnungshofes ist so groß, daß unbedingt eine Vermehrung des Personals stattfinden muß, auch wenn ein Gesetz in der vom Vorredner bezeichneten Richtung angenommen würde. — Darauf bewilligt das Haus in der vom Abg. Richter beantragten Form nur zwei vortragende Räthe.

Der Etat des allgemeinen Pensionsfonds beantragt Abg. Richter (Hagen) der Budgetcommission zu überweisen, weil sich vielleicht in demselben Deckungsmittel für das Deficit finden könnten. — Der Antrag wird angenommen.

Es folgt der Etat des Reichsinvalidenfonds. — Abg. Grumbrecht: Das uns vorliegende Resultat der Verwaltung des Invalidenfonds ist außerordentlich erfreulich. Wenn die Bevölkerung sich in der bisherigen Weise weiter entwickeln, so werden wir beim Abschluß des Fonds ein viel größeres Kapital besitzen, als wir ursprünglich eingelegt haben. Jedenfalls läßt sich leicht berechnen, daß der Zuschuß aus der Kapitalmasse schon im Laufe dieses Jahres gegen das Vorjahr sich um mehr als eine Million Mark vermehrt hat und dieser Zuschuß überhaupt nur 5% Millionen beträgt, daß innerhalb 5 bis 7 Jahren der Zuschuß aus dem Kapitale aufhören muss. Von jenem Zeitpunkt an würden die Ansprüche an den Invalidenfonds trotz der Belastung, die wir ihm auferlegt haben, vollkommen aus den Zinsen gedeckt werden können und die Überschüsse würden sich von Jahr zu Jahr mehren. Die uns vorgelegte Deutlichkeit widerspricht allerdings dieser Berechnung.

Geb. Rath Michaelis: Um zu prüfen, ob die gegenwärtige Belastung des Invalidenfonds einen Überschuss in Aussicht stellt, genügt es nicht, wie der Vorredner es gethan hat, die Ziffern des Etats mit denen des vorjährigen Etats zu vergleichen, sondern man muß berücksichtigen, wie die Summe der in den Etat eingestellten Pensionsansagen sich zu denjenigen Belastung verbült, welche bei der im vorigen Jahr dem Reichstag vorgelegten Berechnung der Bilanz des Invalidenfonds zu Grunde gelegt wurde. Wenn dies geschieht, so ergiebt sich, daß die Pensionsausgabe des Etatsabtes 1878/79 um wenig über 100 000 A. geringer ist, als die Pensionsausgabe, welche bei der Berechnung der Belastung des Invalidenfonds zu Grunde gelegt wurde. Schluß, wie sie der Vorredner in Bezug auf die Frage, ob von dem Fonds schließlich mehr oder weniger übrig bleiben wird, aus dem Etat gezogen hat, sind deshalb nicht gerechtfertigt. — Abg. Richter: In der Haupfsache hat der Abg. Grumbrecht jedenfalls Recht. Die Summe der Pensionen, die wir im vorigen Jahre auf den Invalidenfonds überweisen haben, stellt sich tatsächlich um 618 000 A. niedriger, als die Regierung veranschlagt hatte. Ebenso waren die sonstigen Ansforderungen an den Invalidenfonds bei der Gründung desselben bei Weitem überschätzt. Ich weise nur darauf hin, daß jetzt als Capitalzuschuß 7% Mill. A. in den Etat eingestellt sind, während im Etat von 1874 ein Zuschuß von 16 Mill. vorgesehen war, der bei Weitem

nicht gebracht wurde. Wir würden ohne Gefährdung des Fonds eine erhebliche Erweiterung der geistlichen Verwendung herbeiführen können und dadurch eine bedeutende Entlastung des Etats der laufenden Ausgaben ermöglichen. Die Regierung wird verpflichtet sein, an diesem Zweck im nächsten Jahre eine neue Bilanz des Invalidenfonds aufzustellen.

Es folgt der Etat über die Einnahmen aus der Wechselstempelsteuer. — Abg. Zimmermann fragt, ob die bereits mehrfach angeregte Abänderung des § 2 des Wechselstempelartikels, nach welchem der Stempel noch nach der alten Münzwährung normirt ist, von der Bundesregierung bereits in Angriff genommen ist. — Geb. Rath Aschenborn erwidert, er habe bereits im April v. J. erklärt, daß die Bundesregierung der Aenderung nicht abgeneigt sei, aber das Bedürfnis nicht als besonders dringend erachtet habe. — Abg. Zimmermann bemerkte, daß ein Gesetz, welches den Stempel nach der alten Währung regele, im Widerspruch mit der übrigen Gesetzgebung stehe. Es lägen der Petitionscommission mehrere Petitionen vor; der Zwiespalt in der Gesetzgebung könne nicht fortwährend fortdauern. — Abg. Richter (Hagen) erklärt, daß der Reichstag die Sach früher nicht weiter verfolgt habe, weil die Regierung damals die Annahme derselben in Aussicht stellte. Das in der Praxis unzutrefflichkeiten entstehen, könnte aus jedem Handels-

Geschäfte Deutschlands und Preußens hauptsächlich von Barzin aus zu leiten pflegt, so werden die Vortheile, die durch das Centralbüro erreicht werden sollen, schwerlich erreicht werden, weil der Reichskanzler aus Barzin sehr viel wirtschaften müssen, um mit den verschiedenen Ressortchefs in Verbindung zu bleiben. Auch dieses Centralbüro ist wieder ausschließlich auf den Leib des Reichskanzlers geschrieben und nicht auf den Posten eines solchen. Außerdem könnte ein Aushilfsmittel gefunden werden in der neu zu schaffenden Stelle eines vortragenden Räthen. Die tatsächlichen Mehrkosten, welche zum Theil für die Ergänzung des eben erst neu beschafften Mobiliars verwendet werden sollen, haben für uns durchaus nichts Erfreuliches. Für einen Borgarten, Wintergarten und Park sind 6000 A. angelegt; die Gärten im Bereich des Reichskanzlers beginnen bereits einen sehr bedeutsamen Umfang anzunehmen, und die Summe von 18 000 A. welche für die verschiedenen Gärten gebraucht wird, erscheint etwas zu hoch. Ich muß wiederholen, obgleich es dem Reichskanzler nicht angenehm sein wird, daß wir in knappen Zeiten leben und mit einem erheblichen Deficit arbeiten, so daß sich Jeder und auch der Reichskanzler beschränken muß. Ein Uebrigens gönne ich dem Kanzler, obwohl er sehr häufig nicht in Berlin ist (Heiterkeit) einen Wintergarten recht gern.

Fürst Bismarck: Die Gartenosten erscheinen mir selbst hoch, ich kann Ihnen aber die Versicherung geben, daß ich die Grabminderung der selben im Auge behalten werde. Schon in der Corioliszeit wurde ein ähnlicher Antrag gestellt, ich sagte damals, ich hätte keine Vorliebe für künstliche Gärten, streichen Sie und ich lasse auf meine Privatgärten eine Kiesetzung pflanzen und sehe Ihnen hinein. (Heiterkeit)

Abg. Haniel: Die Frage des Centralbüroanscheint mir eine ganz untergeordnete, die man gar nicht in höheren politischen Läden betrachten kann. Das Bureau soll zur Erleichterung der Communication der Ressorts mit dem Reichskanzler und umgekehrt dienen. Bedenkt könnte dies nur werden, wenn daraus eine Verringerung des mündlichen Verkehrs sich ergeben würde, welcher letzterer an einer guten Organisation der Staatsmaschine zwischen den Ministern notwendig ist und durch das beste Bureau nicht erledigt werden kann. Wir wollen den Posten nicht verweigern, um nicht den Schein zu erregen, als ob diese Verweigerung zu einer Stützung der Staatsmaschine geführt habe. Denn wir alle haben das Gefühl, daß es nicht recht voraussichts geht, freilich helfen solch Mittel, wie das vorgeschlagene, nicht, sondern nur grundlegende Organisationen, die eine gesunde Entwicklung herbeiführen.

Fürst Bismarck: Eine Neigung zum schriftlichen Verkehr kann ja nach der Persönlichkeit größer oder kleiner sein, eine Garantie dagegen läßt sich in den Institutionen nicht schaffen. Bei mir ist unbedingt Vorliebe zum mündlichen Verkehr vorhanden und ich will nicht auf das Surrogat des Schreibwegs zurückgehen, der bei den deutschen Geschäftsmännern früher üblich war, wo man sich im Dienst nie sah, sondern nur schrieb, sondern ich will nur die Zeit des vielbeschäftigen Ressortchefs schonen. Der mündliche Verkehr soll nicht verminder werden. Den Eindruck des vortragenden Räthen auf den Kanzler fürchte ich nicht. Ich kann versichern, daß ich mich im Gegenteil bemühen werde, Einführung auf die vortragenden Räthe meinerseits zu über. (Heiterkeit).

Abg. Windthorst (Meppen): Der Reichskanzler hat meinen Freund Schorlemer aufgefordert, ihn mit Persönlichkeiten zu verbinden. Ich bin absolut kein Freund von Persönlichkeiten (Heiterkeit), ich bin auch geneigt, die Aufrechterhaltung des Reichskanzlers zu befolgen, vorangegestellt, daß auch der Reichskanzler jegliche persönlichen Angriffe meidet. (Sehr richtig im Centrum.) Von der Geldfrage bei der fraglichen Sache will ich absehen, für mich ist maßgebend, daß eine neue Institution geschaffen wird, die im allerhöchsten Maße bedeutslich ist. Sind im Reichskanzleramt nicht die genügenden Kräfte vorhanden, dann wollen wir gern einen oder zwei neue Räthe bewilligen. Jedenfalls müssen wir das Votum über diese Bewilligung aussetzen, bis wir über die hier ins Spiel kommende Stellvertretungsvorlage abgestimmt haben. Was derartige Zwischeninstanzen zu bedeuten haben, zeigt sich auffallend genau bei den Kabinetsräthen der Monarchen, gegen die fast in allen konstitutionellen Staaten auf Leben und Tod gekämpft worden ist. Zwar versichert der Reichskanzler, daß er auf diesen Rath Einfluß zu gewinnen scheine, aber die Verhältnisse sind stärker als die Menschen.

Fürst Bismarck: Der Vorredner bedenkt nicht, daß wir hier in der Budgetberatung sind. Könnte die Institution ohne Geld in's Leben gerufen werden, so könnte sie eben so wie das Reichskanzleramt durch kaiserliche Verordnung geschaffen werden. Ich würde überhaupt, dahin zu kommen, daß das Reichskanzleramt auch in seinem gegenwärtigen Bestand aufgelöst werde, und daß, wenn dies der Kaiser genehmigt, ich in der Lage bin auch zur Errichtung eines selbstständigen Reichsfinanzamtes die budgetmäßige Sanction des Reichstags zu erbitten durch einen Nachtragsetat. Auch das spricht gegen die Möglichkeit, das Reichskanzleramt mit dem Büroamtschef zu betreuen. Der Vorredner scheint mit dem monarchischen Prädiktiven kurzen Prozeß zu machen; dem König von Preußen gönnt er seinen Kabinettsrat nicht mehr. Wo kann nur alle Sachen zu prüfen, die ihm von den Ministern zur Unterzeichnung kommen. Streichen Sie die Kabinetsräthe, so fällt der selbe Dienst in subalterne oder militärische Hände. Vielleicht schwiegt den Vorredner das Beispiel des mächtigen Generaladjutanten v. Gerlach vor, der den Minister v. Manteuffel an Einfluß übertraf. Ein technisch, wissenschaftlich und durchaus gebildeter Kabinetsrat ist für unsre complicirten Verhältnisse unbedingt nötig, das sollte doch auch der Vorredner, der früher diesen Verhältnissen näher gestanden hat, einschätzen. Die Befürchtung, daß sich dieser Rath zum Vorredner aller übrigen ausschwingen könnte — ja den Einflüssen unserer Umgebung unterliegen wir alle, dem einen spricht die Frau in die Politik hinein, dem anderen der Rath, der Dritte ist des Abends den Bemerkungen seines Kammerdieners über die öffentliche Meinung zugänglich. Wenn der Vorredner, wie es mir scheint, im Namen seiner Fraktion, welche die einzige ist, wo ich über die Persönlichkeit der Angriffe zu klagen habe, mir eine Art von Compromis anbietet, so würde ich kaum einen Anderen als Hrn. v. Schorlemer und den Vorredner als Träger dieses Tones zu bezeichnen; ich habe diesen Ton nicht angeschlagen. Ich batte noch nicht die Ehre, Hrn. v. Schorlemer zu kennen, als ich im Landtagssitzung las, daß ein Abgeordneter der Centrumsfraktion mich in sehr harter, ich könnte sagen groben Worten der Wehrheitswidrigkeit beschuldigte. Das verlehrte mich einigermaßen nur als ich das nächste Mal in der Sitzung war, bat ich jemanden, mir den zu zeigen und erfuhr, daß es Hr. v. Schorlemer war, der mich in einer Weise injuriert hat, die, wenn man

Abg. v. Schorlemer. Alst: Da der Reichskanzler









